Nummer 14 — Halle, Sonntag den 17. Januar 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.40 Reichsmark, durch Postanstalten ohne Bestellgeld 1.20 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark zu 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.65 Reichsmark für Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonderer Berechnung. Anzeigenannahme Thomas Papenhoefer u. a. Ges. Bankkonto 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesache" Bank-Verbindung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

In Berlin bereiten die nationalen Verbände einen Boykott der italienischen Waren vor, bis eine nationale Besserstellung der Deutschen in Italienisch-Tirol erreicht ist. Die Verhandlungen über einen Aufruf an die Geschäftswelt und die Verbraucherschaft sind seit einigen Tagen in der Schwebe.

*

Die Preußische Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei weist in einem Urantrage auf die Absicht der Reichsregierung hin, dem Reichstage ein Gesetz zur Förderung des Preisabbaues zu unterbreiten, das Sonderbestimmungen gegen das Handwerk enthalte und bezeichnet diese Sonderbestimmungen in ihren Auswirkungen als Ausnahmegesetz gegen den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand. Es wird um Einwirkung auf die Reichsregierung ersucht, daß dieser Gesetzentwurf zurückgezogen bzw. vom Reichsrat abgelehnt wird.

*

Der Preußische Landtag nahm am Freitag in letzter Lesung die Novelle über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen an; das wesentliche ist, daß die Stimmen Preußens einheitlich abgegeben werden müssen. Weiter wurde das Ausschußprogramm zur Erwerbslosenunterstützung und das Programm zur Milderung der Hochwasserschäden angenommen.

*

Die gestern in Neuyork zur Zeichnung aufgelegten Bonds der Sächsischen Landespfandbriefanstalt sind sofort verkauft worden.

*

Aus Anlaß der Verhaftung des Leipziger Gelehrten Dr. Stratil-Sauer ist gestern eine deutsche Note an die Regierung von Afghanistan abgegangen.

*

Nach einer Meldung der Grazer Tagespost aus Leoben stellten zwei badische Kriminalbeamte, die den Mörder Erzbergers kennen, fest, daß der ihnen vorgeführte, kürzlich in Aussee verhaftete Vogt mit dem gesuchten Erzbergermörder nicht identisch ist.

*

Der Pianist Enrico Toselli, Gemahl der ehemaligen Kronprinzessin Marie Luise von Sachsen, ist gestern in Florenz gestorben.

*

Durch königliches Dekret wurde der Regierungschef, Premierminister und Außenminister Mussolini, der bisher das Kriegsministerium, Marineministerium und das Ministerium für Luftfahrt interemistisch verwaltete, zum Inhaber aller dieser drei Ministerien ernannt. Diese Maßnahme wurde durch das neue Gesetz über den Premierminister ermöglicht, kraft dessen dieser andere Ministerien direkt übernehmen kann, und die einzelnen Minister ihm verantwortlich sind.

*

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat mit 257 gegen 133 Stimmen dem amerikanisch-italienischen Kriegsschuldenabkommen in der Form, wie es von der amerikanischen Schuldenkommission vorgeschlagen wurde, zugestimmt.

*

Die Londoner „Daily Mail" meldet aus Bukarest, daß das rumänische Kriegsgericht in Braila zwei Todesurteile gegen Offiziere des 4. Inf.-Regts. gefällt hat.

*

Wie die Londoner „Times" aus Angora melden, verhindert die türkische Regierung Auslandsreisen seiner Staatsangehörigen bis zur Klärung der Mossulfrage. Der Timeskorrespondent spricht von einem fortbestehenden Ernst der Lage und weist ausdrücklich darauf hin, daß die Nationalversammlung Mossuls Zugehörigkeit zur Türkei bekräftigt habe, ohne den Beginn der türkisch-englischen Verhandlungen abzuwarten.

*

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, daß die Sowjetregierung in Beantwortung der Einladung des Völkerbundes beschlossen hat, an der Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz teilzunehmen und nichts gegen eine Beteiligung von Sachverständigen aus der Sowjetunion an den Arbeiten der Vorbereitungskommission für Wirtschaftsfragen einzuwenden, unter der Bedingung, daß beide Kommissionen nicht auf Schweizer Boden tagen.

*

Wie die Londoner „Morningpost" aus Moskau meldet, sind die Wahlen in Rußland abgeschlossen. Die Kommunisten haben infolge der Oeffentlichkeit der Wahl drei Fünftel der Mandate erhalten. Von politischer Bedeutung sei der immerhin eingetretene Rückgang der kommunistischen Mandate, die bei der vorjährigen Wahl noch vier Fünftel ergeben hätten.

*

Die Agentur Havas berichtet aus Peking, die Truppen Li Tsching Lings hätten die Stadt Schanhan in der Nähe von Tientsin erobert.

Deutsche Einheitsfront gegen die Alliierten.

Protest im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages nahm gestern mit allen Stimmen gegen die eine des Abg. v. Reventlow (Deutschv.) bei Stimmenthaltung der Kommunisten folgende Entschließung des Abg. Freih. v. Rheinbaben (Dvp.) angenommen:

Der Ausschuß nimmt in einer Debatte über die Auswirkungen des Vertragswerkes von Locarno von den Pressenachrichten Kenntnis, wonach der Unterausschuß der Botschafterkonferenz beschlossen haben soll, die Truppenzahl der Besatzungsmächte in der zweiten und dritten Rheinlandzone auf ca. 75 000 Mann festzusetzen.

Eine Verwirklichung dieses Beschlusses würde berechtigte deutsche Erwartungen auf das tiefste enttäuschen. Sie würde nicht nur die in früheren langwierigen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten bereits erzielten Ergebnisse (Note der Botschafterkonferenz vom 16. November 1925: Erhebliche Herabsetzung der Besatzungsstärken auf annähernd normale Stärke — chiffres normaines — d. h. annähernd deutsche Friedensstärke) wieder umstoßen, sondern überhaupt im krassen Widerspruch zu der politischen Lage stehen, wie sie durch die Unterzeichnung der Verträge von Locarno geschaffen werden sollte.

Der Auswärtige Ausschuß richtet auch im Hinblick auf weiter herantretende außenpolitische Entscheidungen das nachdrückliche Ersuchen an die Reichsregierung, ihre augenblicklichen Bemühungen um Herabsetzung der fremden Besatzungsziffern auf die Zahlen der früheren deutschen militärischen Belegung (45—50 000 Mann) und um eine dem Zwecke des Vertragswerkes von Locarno entsprechende Regelung des Besatzungsregimes auf das Energischste fortzusetzen und dem Auswärtigen Ausschuß baldmöglichst von dem Erfolg ihrer Schritte Mitteilung zu machen.

Die Ausflüchte der Alliierten.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" hatte bekanntlich gemeldet, daß die Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Zone nach dem Beschluß eines Unterausschusses der Botschafterkonferenz, also vermutlich des Militärkomitees von Versailles, nur auf 75 000 Mann herabgesetzt werden sollen, von denen 60 000 Mann auf die Franzosen, 8000 Mann auf die Engländer und 7000 Mann auf die Belgier entfallen sollten. Der „Daily Telegraph" kommt nachmals infolge der Beschwerden der deutschen Presse über diesen Beschluß auf die Frage zurück und schreibt,

es sei eine Tatsache, daß in Locarno von einer wesentlichen Verminderung der Truppen gesprochen sei, es sei aber nicht Tatsache, daß ein solches Versprechen irgendeine bestimmte Form erhalten habe. (!)

Als nach Locarno die deutsche Regierung ausgesprochen habe, daß die Besatzungsarmee auf 45 000 Mann vermindert werden müsse, habe Paris sofort dagegen Einspruch erhoben. Als eine Kompromißlösung sei vorgeschlagen worden, daß die französischen Truppen auf 60 000 vermindert werden sollten, Briand habe aber Herrn Dr. Stresemann in London erklärt, daß er sich ohne Benehmen mit den Militärs in dieser Frage nicht binden könne.

Der „Daily Telegraph" kommt zu dem Schluß, daß jedenfalls von einer Verminderung unter 60 000 Mann jetzt keine Rede sein könne.

Dazu wird halbamtlich mitgeteilt: In der Beurteilung dieser Frage muß man davon ausgehen, daß nach möglichst genauen Schätzungen — die wirkliche Truppenstärke wird ja der deutschen Regierung offiziell nicht bekanntgegeben — bisher 86 000 Mann Besatzung in der zweiten und dritten Zone gestanden haben. Der „Daily Telegraph" ist aber mit seiner Beweisführung im Unrecht. In der Note der Botschafterkonferenz vom 16. November 1925 ist ausdrücklich bemerkt worden, daß die Verminderung der Besatzungstruppen, die annähernd auf die normale Stärke, „chiffres normaux", herabgesetzt werden sollen, dazu beitragen werde, die Verwendung von Wohnungen und Grundstücken, die für die Besatzungstruppen gebraucht wurden, nunmehr beschränkt werden könne.

Gegen die deutsche Auffassung, daß unter der normalen Stärke die Besatzungstruppen die Ziffer zu verstehen sei, welche die deutsche Friedensstärke in diesen Gebieten im Jahre 1914 ausmachte, ist von französischer Seite kein Einspruch erhoben worden. Trotzdem kann man sich nunmehr nicht der Befürchtung entschlagen, daß der [illegible] rat einer solchen Beschluß, wie im „Daily Telegraph" erwähnt ist, fassen könnte.

Wegen der Meldung des „Daily Telegraph" sind diplomatische Verhandlungen angeknüpft worden, die sich namentlich auf die erwähnte Note der Botschafterkonferenz vom 16. November stützen.

Auf Grund der Verhandlungen, die schon früher über diese Frage stattgefunden haben, muß der deutsche Standpunkt anerkannt werden, daß unter „Chiffres normeaux" nur die Stärke der deutschen Friedensgarnisonen in der zweiten und dritten Zone verstanden werden darf. Diese Friedensstärke betrug 46 000 Mann, und selbst wenn man zu dieser reinen Truppenstärke noch alles hinzurechnet, was dazu gehört an Traindepots, Bezirkskommandos und dergl., so könnte man höchstens auf eine Ziffer von [illegible] kommen. Im Beschlusse [illegible] 75 000 Mann [illegible] 34 von 36 000 [illegible] wurden „das Maximum aller [illegible] Herabsetzung bedeuten. Aber dann [illegible] nach dem „Daily Telegraph" wahrscheinlich noch die Sonderformationen hinzuzurechnen sein, z. B. die Garnison des Brückenkopfes Kehl, die nach der französischen Einteilung nicht eine Formation der Besatzungsarmee ist, sondern zur Garnison von Straßburg gehört. Dadurch würden sich die 75 000 Mann noch um einige tausend vermehren.

Es muß deshalb mit aller Schärfe hervorgehoben werden, daß, wenn wirklich die Botschafterkonferenz sich durch den Einfluß der französischen Militärs bestimmen ließe und deren Vorschlag genehmigte, dies allen Zusicherungen ins Gesicht schlagen würde, die Deutschland von den maßgebendsten Stellen erhalten hat. Wie die französischen Militärs oder auch die Botschafterkonferenz ihren Beschluß mit dem gerühmten Geist von Locarno glauben vereinbaren zu können, ist ihre Sache, aber die deutsche Bevölkerung im Rheinland würde wieder die leidtragende sein. Wenn Deutschland darauf besteht, daß die Besatzungsstärke einschließlich aller Nebenformationen in Zukunft höchstens 50 000 Mann betragen darf, so würde die andere Seite sich nur als vertragstreu erweisen, wenn sie dem Verlangen Deutschlands Rechnung tragen wollte. Sollten die diplomatischen Verhandlungen zu keinem Erfolge führen, so würde Deutschland um eine weitere trübe Erfahrung reicher sein und eine neue schwere Enttäuschung zu buchen haben.

Dr. Luther in Schwierigkeiten.

Der Kampf um die Ministerposten.

Die gestrigen Verhandlungen über die Neubildung der Regierung haben bisher nur negative Ergebnisse dahin gehabt, daß die bisherigen Minister Reichswehrminister Dr. Geßler und Reichsernährungsminister Graf Kanitz sich einer neuen Kandidatur entzogen haben. Dr. Geßlers Entschluß scheint unwiderruflich zu sein, obwohl der Reichspräsident selbst in ihn gedrungen ist, noch weiter auf dem Posten auszuharren. Der Reichsernährungsminister Graf Kanitz hat ausdrücklich in einem Schreiben an den Reichskanzler erklärt, daß er sein Amt nicht wieder übernehmen werde.

Die Lösung der Krise hängt jetzt an den Personalfragen. Im Laufe des Tages ist eine ganze Reihe von neuen Namen genannt worden neben denen die angeblich schon gestern in Betracht gezogen waren. Die größte Schwierigkeit ergibt sich aber aus der Besetzung des Innenministeriums. Darum streiten Deutsche Volkspartei, die Herrn v. Kardorff präsentiert und die Demokratische Partei, die dieses politische aller Reserts für ihren Führer Koch-Weser beanspruchte. Am Abend hieß es, daß in dieser Situation Dr. Luther daran denke, das Reichsinnenministerium zu neutralisieren, d. h. mit einer unpolitischen Persönlichkeit zu besetzen.

In der Nachmittagsbesprechung des Reichskanzlers mit den Parteivertretern spitzte sich die Lage so zu, daß gegen 7 Uhr abends die Verhandlungen abgebrochen und auf Sonnabend vormittag vertagt werden mußten. Der Reichskanzler Dr. Luther begab sich gleich darauf zur Berichterstattung zu dem Reichspräsidenten.

Linksschwenkung?

Dazu meldet unser Berliner Vertreter:

Reichskanzler Dr. Luther hat die Regierungsparteien ersucht, für eine Verbreiterung der Regierungsbasis in nächster Zeit tätig zu sein. Besonders an die Demokraten ist der Wunsch des Kanzlers gerichtet gewesen, die Sozialdemokraten zu einem wohlwollenden Verhalten gegenüber dem neuen Kabinett zu bestimmen. Diesen Wunsch hat der Kanzler auch Donnerstag früh den Führern der sozialdemokratischen Partei persönlich ausgesprochen, ohne daß die Herren Müller und Weis sich Herrn Luther gegenüber zu Zusagen bereitgefunden hätten. Diese kleinen Vorspiele der Regierungsbildung enthüllen die Richtung des neuen Kabinetts Luther.

Auch im Reichstag wurde eine Aeußerung Hermann Müllers kolportiert: „Wir werden dem neuen Kabinett Luther eine Schonfrist von vier Wochen geben".

Der Nationalrat in Wien hat die neue Regierung nach dem Vorschlag des Hauptausschusses mit 80 Stimmen der Christlichsozialen und Großdeutschen gegen 53 der Sozialdemokraten gewählt. Der Landbund enthielt sich der Stimmenabgabe. Das neue Kabinett Ramek setzt sich nach dem Ausscheiden der Minister Matsch, Ahrer und Buchinger jetzt wie folgt zusammen: Bundeskanzler einschließlich Aeußeres Dr. Ramek, Vizekanzler, zugleich Justiz Dr. Rafer; Finanzen: Kollmann; Handel und Verkehr: Dr. Fürst; Land- und Forstwirtschaft: Thaler; Unterricht Dr. Schneider; Sozialverwaltung: Dr. Resch; Heereswesen: Vaugoin.

Um das Hohenzollernvermögen.

Gegenüber der Selbstverständlichkeit, mit der unsere Linke ein Recht auf Annektion des gesamten Fürstenvermögens behauptet, ist bisher von uns lediglich der Rechtsstandpunkt beleuchtet worden. Er ist — das bestreiten selbst der demokratische preußische Finanzminister und andere sachlich bleibende Vertreter der Linken nicht — durchaus eindeutig und klar: Bis auf einzelne Vermögensstücke, die streitig sein mögen, ist im großen und ganzen das Hohenzollernvermögen (auf das wir uns hier beschränken dürfen) reines Privateigentum, und muß daher den Hohenzollern zugesprochen werden, da diese Reichsangehörige sind, und da die Reichsverfassung das Eigentum für unverletzlich erklärt. Das haben denn auch bisher die Gerichte pflichtgemäß und richtig so in den weitaus meisten Fällen entschieden.

Wenn man sich auf das Recht beruft, den rechtlichen Standpunkt gelten läßt, muß man auch das Eigentum der Hohenzollern gelten lassen. Und wenn die Linke ein Ausnahmegesetz gegen die Fürsten fordert und daraufhin die Vermögen endgültig annektieren will, so ist das ein Verstoß gegen die Reichsverfassung, ist ein reiner Gewaltakt, der durch ein vom Sieger (den Linksparteien) dem Besiegten (den Monarchen) diktiertes Gesetz genau so wenig Recht schafft und Gerechtigkeit, wie die gewaltsame Wegnahme Elsaß-Lothringens usw. durch die Sieger dadurch Recht geworden ist, daß wir in Versailles die Wegnahme unter dem Druck der Gewalt anerkannten. Recht — wenn auch nicht Gerechtigkeit — wird die Wegnahme des Elsaß erst durch Inkrafttreten der freiwilligen Locarnoverträge, und Recht wird die Wegnahme der Fürstenvermögen erst durch „Locarnoverträge der Fürstenhäuser", also in diesem Falle durch freiwilligen Vertrag mit dem Staat, nicht durch Sondergesetz.

[illegible] die Frage, die [illegible] solche Sonderparagraphen mit [illegible] Gesetzen [illegible] so [illegible] die [illegible] Republik [illegible] reine rechtliche, [illegible] erörtern, [illegible] Frage der Fürstenvermögen, wiederum weiter Beschränkung auf das historische preußische Herrscherhaus, gepreßt.

*

Niemand und ganz besonders auch nicht die vorgebrachten Parteien des kleinen Mannes werden die moralische Gültigkeit des Satzes bestreiten, daß jede Arbeit und Leistung ihren Lohnes wert ist. Niemand kann aber auch bestreiten, daß wir Preußen es den Hohenzollern, als unseren Führern in vergangenen Jahrhunderten, zu danken haben, daß heute auf preußischem Boden wir Preußen, wir Deutschen, Eltern, Voreltern und Kinder, wohnen können, — und nicht die Schweden (die im 30jährigen Krieg bis in Lützen standen und erst durch den Großen Kurfürsten und seine hohenzollernschen Nachfolger aus dem heutigen Reichsgebiet verdrängt wurden), — und nicht die Franzosen (die von dem Hohenzollern Friedrich dem Großen erst im 18. Jahrhundert bei Rosbach ebenfalls aus unserer hiesigen näheren Umgebung vertrieben wurden und 1813 unter Führung eines Hohenzollern aus Leipzig und bis über den Rhein). Auch daß das deutsche Volk seinen Wohn- und Lebensraum immer weiter ostwärts über Elbe, Oder und Weichsel ausdehnen konnte, auch daran haben die Hohenzollern als Führer ihren bedeutenden Anteil.

„Jede Leistung ist ihres Lohnes wert", und seit Jahrhunderten ist es von allen Völkern als moralisch richtig und recht und billig anerkannt, daß der Führer auch einen materiellen Lohn für seine Führung, einen persönlichen Anteil an dem der Gesamtheit zukommenden Gewinn erhält. Man kann nicht sagen, daß die paar Zehntausende von Morgen Ackerland und die Schlösser und Burgen, die die Hohenzollern erhielten und behielten, einen moralisch unangemessenen Anteil der Führer bedeuten gegenüber den Millionen und aber Millionen Morgen Land, den ganzen großen Provinzen, die das Volk unter ihrer Führung sich von dem feindlichen Ausland zurückeroberte und neu hinzu gewann. Was wir Preußen den Hohenzollern an Land und Lebensraum verdanken, das sehen wir deutlich am Beispiel der einst deutschen und seit Jahrhunderten den Franzosen gehörigen Gebiete im Westen, wo keine Hohenzollern führten und vor feindlichem Landraub schützten oder gar, wie bei uns und in Hohenzollernlanden, neues Land für das deutsche Volk hinzugewannen. Wir alle an Saar, Elbe bis Oder und Weichsel, wären wie Deutsche, wären wir überhaupt, ohne die Führerleistungen der Hohenzollern? Sucht doch die Deutschen auf dem einst deutschen Boden von Toul und Verdun: wo sind sie?

Statt blind den Hetzern zu folgen, denen Moral nicht heiliger ist als Recht, wollen wir nachdenken als erste Männer, wollen den Satz hochhalten, daß jede Leistung ihres Lohnes wert ist: dann können wir den Hohenzollern auch den moralischen Anspruch auf ihren Lohn und persönlichen Anteil an dem, was sie für uns bewahrten und gewannen, nicht versagen. Und wir können, auch vom Standpunkt der Moral, den jetzigen Hohenzollern nicht all das nehmen, was ihre Vorfahren sich verdient haben ums Volk, erdient haben am Volk. Denn nur der alte Moral und alles Recht leugnende Kommunismus bestreitet, daß in erster Linie die Kinder und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260117012/fragment/page=0001

Nachkommen und nicht Fremde Anspruch auf das haben, was die Eltern und Ahnen erwarben.

Die von der Linken geforderte endgültige Wegnahme des Hohenzollernvermögens ist rechtlich wie moralisch nichts anderes als rohe Gewalt, als Kommunismus. Soll Kommunismus und Gewalt statt Recht und Moral im deutschen Lande gelten?

Aber da höre ich einen anderen Einwand: Wenn infolge des Krieges und vor allem infolge der nachfolgenden revolutionären Mißwirtschaft das ganze deutsche Volk verarmt ist, insbesondere die Sparer und Rentner, sollen da die einstigen Führer nicht auch ihren Anteil am Verlust, an den Lasten tragen? Der Gedanke hat etwas Richtiges. Aber dabei ist zu beachten: die Hohenzollern sind nicht mehr die Führer; aus ihrer Sonderstellung hat die Republik sie entsetzt. Also kann die Republik von ihnen jetzt auch nicht Sonderopfer verlangen, sondern gerade sie, die die Hohenzollern allen anderen Bürgern rechtlich und moralisch gleichgemacht haben, können auch von den Hohenzollern nur die gleichen Opfer wie von allen anderen Bürgern verlangen. Diese Opfer aber brachten die Hohenzollern wie alle übrigen. Hält man die Opfer, die der Besitz gebracht hat, nicht für genügend, dann mag man vom gesamten Besitz weitere Opfer fordern, aber die Hohenzollern, die man selber erst in gleiche Reihe mit den anderen gesetzt hat, kann man nicht zu Sonderopfern aus der Reihe herausnehmen. Das ist also keine Hohenzollernfrage mehr, sondern eine allgemeinwirtschaftliche und allgemeinpolitische, die in das Gebiet der Aufwertungs- und Besteuerungsfragen gehört. Ob solche neuen Opfer richtig und möglich sind, kann im Rahmen der vorliegenden Betrachtung nicht erörtert werden.

Wenn jemand in Preußen moralische Sonderforderungen an die Hohenzollern stellen kann, so können das nicht ihre Gegner, nicht die Republikaner tun, die den Hohenzollern die Sonderstellung genommen haben und bestreiten, sondern nur die, die den heutigen Rechtszustand moralisch nicht anerkennen, die das Hohenzollernhaus noch heute als ihr Herrscher- und Führerhaus anerkennen. Der Monarchist und nur er hat ein moralisches Recht darauf, von den Hohenzollern Treue gegen Treue, Opfer gegen Opfer zu fordern. Denn er will ihnen in Zukunft die Opfer vergelten, die er heute von ihnen fordert. Der Republikaner bestreitet den Hohenzollern ihre rechtliche und moralische Sonderstellung und schaltet damit auch seine rechtlichen und moralischen Sonderansprüche an sie aus.

Ob die Republikaner in ihrer Gier nach dem Hohenzollernvermögen wohl erkennen, wie bedenklich widerspruchsvoll und darum geradezu gefährlich für ihre Idee ihre Sonderforderungen an die Hohenzollern sind? Indem sie Moral und Recht für Sonderverpflichtungen der Hohenzollern anerkennen, erkennen sie auch Sonderrechte der Hohenzollern an. Und wenn das Gefühl besonderer Opferpflichten der Hohenzollern so weite Kreise unseres Volkes durchzieht, so liegt dem ein gut Teil alter Monarchentreue des Volkes zugrunde, das der Linken bei ihrer Fürstenhetze eines Tages sehr unerwartet begegnen könnte.

*

Schon sind wir damit fast unmerklich in den dritten Teil der Frage, in den politischen, hinüber geglitten. Politisch berechtigt ist die Forderung der Linken auf endgültige Vermögensentziehung der Fürsten ein Verlangen, die Fürsten durch gewaltsame Verarmung und Proletarisierung politisch für immer unschädlich zu machen. Da tritt also die sogenannte „materialistische Weltanschauung" zutage, die in Wirklichkeit ja dasselbe wie die kapitalistische ist, daß jemand, der etwas bedeutet und also gefährlich ist, und daß jemand, der nichts hat, nichts bedeutet und also ungefährlich ist. Daß diese Anschauung falsch, daß gerade in unserem deutschen Volke stärker als die Macht, die Geld und Besitz verleihen, die Macht des Rechts und der sittlichen Anschauungen ist, würden die Fürstenstürzer gerade in diesem Falle mit erschreckender Deutlichkeit erfahren, wenn sie, von ihrem Siegerübermut verblendet, den alten preußischen Königsstamm zwängen, als Proletarier im Lande umherzuziehen. Dann würde mit einem Schlage die alte Treue wach, die vergilt, was die Hohenzollern jahrhundertelang für Land und Volk getan.

Deshalb täten die Sieger über die Fürsten gut und handelten politisch klug, Mäßigung zu üben.

Das gleiche gilt aber auch für die einstigen Monarchen und ihre Anhänger. Sie können von ihrem Standpunkt aus die moralische Pflicht zu Sonderopfern der alten Monarchenfamilien nicht verleugnen und haben es ja auch, wie ihre über Rechtspflicht weit hinausgehenden Vergleichsvorschläge beweisen, nicht getan. Eine Frage politischer Klugheit ist es für sie, ob sie in ihren Vermögensverzichten nicht vielleicht noch weiter gehen sollen, um durch weitere Opfer die Treue ihrer opferbereiten Anhänger moralisch noch mehr zu binden. Die materialistische Weltanschauung ist falsch, und nicht Geld und Vermögen brauchen die Monarchen, wenn einst etwa das Volk sie wiederrufen sollte, sondern „Liebe des freien Mannes" und Treue um Treue.

Doch damit darf ich schließen. Es genüge, neben der rechtlichen und moralischen Seite die hochpolitische Bedeutung der Frage wenigstens beleuchtet zu haben; denn die zugrunde liegende Kernfrage: „Monarchie oder Republik?" steht hier nicht zur Erörterung.

Die beste Lösung wäre ein Locarnovertrag zwischen Hohenzollern und Volk. Denn was gegen den eigentlichen Locarnovertrag, den mit den Alliierten spricht, daß die Feindschaft ja doch nicht zu begraben ist, den Millionen nie Vertrauen zu schenken ist, das gilt nicht zwischen dem alten Herrscherhaus und dem Volk. Denn sie sind keine ewigen Feinde, sondern sie verbindet Geschichte und Blut; wir alle sind Deutsche!

Dr. Elze.

Verständigung über die Fürstenvermögen?

Die demokratische „Voss. Zeitung" meldet, daß zwischen den Führern der Mittelparteien des Reichstages gestern eine Vereinbarung über die Regelung der vermögensrechtlichen Ansprüche der deutschen Fürsten zustande gekommen sei. Von den betreffenden Parteien soll in Kürze im Reichstage ein Gesetzentwurf eingebracht werden, der die Einsetzung eines besonderen Schiedsgerichtes beim Reichsgericht in Leipzig vorsieht, das aus Berufsrichtern und hohen Verwaltungsbeamten zusammengesetzt sei, und über alle vermögensrechtlichen Ansprüche der ehemals regierenden Häuser zu entscheiden haben soll. Auch dem deutschnationalen „Lok.-Anz." zufolge wird es für wahrscheinlich gehalten, daß unter Zurückziehung des demokratischen Antrages ein derartiger gemeinsamer Kompromißantrag der Mittelparteien eingebracht wird.

Großer Ernst der inneren Lage Ungarns

Der Ernst der inneren Lage Ungarns ist unverkennbar groß. Trotz des vorläufigen Abschlusses der polizeilichen Erhebungen in der Frankfälschungsaffäre liegt nach wie vor ein Alpdruck auf der öffentlichen Meinung. Es herrscht eine allgemeine Unsicherheit, die durch ständige Gerüchte aller Art nachgehalten wird. Die Regierung selbst ist sich über das Kritische der Lage nicht im Unklaren, worauf schon die außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen hinweisen, die sowohl in Budapest als auch auf dem flachen Lande getroffen worden sind. Politisch wird der Höhepunkt der Krise für die am kommenden Dienstag stattfindende Sitzung der Nationalversammlung erwartet. Die Untersuchungen haben die Frage, wer der geistige Urheber der Frankfälschungsaffäre ist, noch nicht geklärt. Je nach der parteipolitischen Richtung wird auf der einen Seite Prinz Windisch-Graetz, auf der anderen Seite der bisherige Landespolizeichef Nadosfy als Anstifter hingestellt.

Die neuen französisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen.

Günstigere Zahlungsbedingungen für Frankreich.

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Washington, in amtlichen Kreisen werde zu der Antwort des neuen französischen Botschafters de Margerie die Ansicht ausgesprochen, daß eine Regelung der französischen Schulden erreicht werden wird. Es sei angedeutet worden, daß Beranger günstigere Bedingungen angeboten werden sollen, als die seinerzeit Caillaux gewährten. Die amerikanische Schuldenkommission hoffe, die einstmalige jährige Vereinbarung durch eine endgültige ersetzen zu können.

Alarm in der Wirtschaft.

Unser Berliner Vertreter schreibt uns:

Seit Mittwoch ist die Zahl der täglichen Bankerotte im Durchschnitt von sechzig auf siebzig angewachsen. Immer neue amerikanische und englische Gelder fluten in die deutsche Wirtschaft, die Ueberzeugung aus das fremde Kapital wird immer trasser, ohne daß für die arbeitende Bevölkerung eine Verbesserung der Lage eingetreten scheint. In der Industrie nehmen die Stimmen zu, daß wir am Anfang eines Aufkaufs der zugrunde gehenden deutschen Wirtschaft durch Amerika und England stehen.

Peinlich empfunden wird in der Großindustrie die pessimistische Aussassung des englischen Großindustriellen Hill in einen Vortrag vor der Handelskammer Birmingham. Hill, der über vier Wochen in Deutschland war und die deutsche Industrielage eingehend zu studieren Gelegenheit hatte, sagte in Birmingham (laut der „Times"):

„Tun wir, was getan werden muß. Für die nächsten Jahre ist der deutsche Konkurrent vom Weltmarkt ausgeschaltet. Jetzt müssen wir Deutschland auch vom Binnenmarkt verdrängen."

In Berlin weilt seit einigen Tagen wieder eine amerikanische Bankierkommission, um Anlagenverwendung für amerikanische Industriegelder zu suchen. Auf diese Tatsache sind auch die unzutreffenden Gerüchte von einem großen amerikanischen Kolletivkredit für die deutsche Industrie und die Kurssteigerungen an den deutschen Börsen zurückzuführen.

Nach Blättermeldungen wird die Zahl der augenblicklich bei den Berliner Amtsgerichten einlaufenden Zwangsvollstreckungsanträgen auf täglich insgesamt 3000 geschätzt. Von den auf Grund dieser Anträge vorgenommenen Pfändungen dürfte etwa ein Drittel fruchtlos ausfallen.

Holzmann, der Barmat-Kutisker-Genosse, ist flüchtig. Der Untersuchungsausschuß hat einen vollen Erfolg erzielt. Eine noch größere Ueberraschung steht bevor. Die Barmats sind aus Berlin abgereist. Ihre deutschen Gläubiger haben das Nachsehen, ihre Gläubiger in Holland wurden restlos befriedigt. Damit erreichten sie dort die Einstellung aller Strafverfahren und die Erlaubnis zur Rückkehr nach Holland. Der Parlamentarismus hat nie klläglicher versagt, als gegen diese gerissenen internationalen Allerweltsschwindler.

Die Tagung der deutschen Industriellen Vereinigung hat einstimmig dem Referat des Abg. Quaß zugestimmt, daß die ungesäumte Einstellung der Dawessahlungen verlangt als einzige Rettung, um die Krisis der deutschen Wirtschaft zum Stillstand zu bringen.

Die Erwerbslosenunterstützung höherer Angestellten endgültig angenommen.

Im Reichstag wurde gestern der Antrag endgültig angenommen, wonach auch die nichtkrankenversicherungspflichtigen Angestellten mit einem Jahresekommen von 2700 bis 6000 M. in die Erwerbslosenfürsorge einbezogen werden sollen. Weiter ersuchte der Reichstag in einer Entschließung die Regierung, baldmöglichst einen Gesetzentwurf über Kurzarbeiterunterstützungen vorzulegen.

Dann kam es zu einer ausgedehnten Aussprache über die Hochwasserschäden. Einstimmig wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der die sofortige Bewilligung von drei Millionen aus Reichsmitteln verlangt.

Karenzzeit und Dauer der Erwerbslosenunterstützung.

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten wünschten die Sozialdemokraten, daß höchstens vom Eintritt der Arbeitslosigkeit an eine Karenzzeit von einer Woche laufen solle, während die Kommunisten für das juristische und moralische Anrecht der Erwerbslosen auf Wegfall der Karenzzeit auch bei Werksbeurlaubungen plädierten. Die Anträge über die Karenzzeit wurden zurückgestellt, ebenso die Anträge, die sich mit Erwerbslosenfürsorge beschäftigen, weil diese zusammen mit der Kurzarbeiterfrage gelöst werden können, die durch den gestrigen Beschluß zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes angeregt worden ist.

Angenommen wurde ein Antrag, dem sämtliche Parteien zustimmten, der verlangt, daß das Reichsarbeitsministerium nochmals die Landesbehörden ersuchen soll, von dem ihnen gegebenen Recht, die Unterstützungsdauer von 26 auf 39 oder 52 Wochen zu verlängern, Gebrauch machen solle, soweit sie dazu in der Lage sind.

Kommunistischer Antrag auf Beschlagnahme des Vermögens der Barmats und Kutiskers.

Ein im Preußischen Landtag eingebrachter kommunistischer Uranitag fordert die sofortige Beschlagnahme der Vermögen der in der Kutisker-Barmat-Angelegenheit beschuldigten Personen sowie die Verhaftung der aus der Untersuchungshaft entlassenen Kutsker, Gebrüder Barmat, Dr. Hellwig, Dr. Rühe, Kaus, Regierungsrat Bartels bei sofortiger Durchführung des Strafverfahrens. Der Antrag wird begründet mit dem Verschwinden des Kaufmanns Holzmann mit einem Teil der Kautionssumme, die ihm für die Bestreitung eines Kurausenthaltes bewilligt war. Ferner wird verlangt, daß die für das Entweichen Holzmanns Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und für den entstandenen Schaden verantwortlich gemacht werden.

Hochverratsverfahren gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens.

Wie uns von der Leitung des Jungdeutschen Ordens mitgeteilt wird, ist von der Kasseler Staatsanwaltschaft das Hochverratsverfahren gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Kahraun, bzw. gegen die Ordensleitung eingeleitet worden. In der Mitteilung der Ordensleitung heißt es weiter:

„Das Hochverratsverfahren gründet sich auf die auch durch die Veröffentlichungen der Ordensleitung im „Jungdeutschen" bekanntgegebenen Verhandlungen des Hochmeisters mit den ausländischen Politikern. Die Einleitung des Verfahrens ist um so sonderbarer, als die Ordensleitung von diesen Verhandlungen, die für die Reichspolitik zuständigen Reichsbehörden jeweils unterrichtet hatte."

Die Kasseler Behörden haben die Akten hierüber an den Oberreichsanwalt weitergegeben. Der Jungdeutsche Orden richtet durch seine Tagesszeitung an den preußischen Minister des Innern die öffentliche Anfrage, ob er bereit ist, in der Oeffentlichkeit die gegen die Ordensleitung vorliegenden angeblichen Anschuldigungen zu nennen."

Angehörige eines von einer Versammlung kommenden kommunistischen Demonstrationszuges überfielen gestern in Berlin den 50 Jahre alten Dreher Radolf, der für den Mörder Rosa Luxemburgs hielten, und verletzten ihn schwer. Radolf wurde in das Lichterfelder Krankenhaus eingeliefert. Die Täter sind entkommen.

Revolution in Spanien.

Die Londoner „Morningpost", „Times" und „Daily Mail" veröffentlichen Einzelheiten über eine neue revolutionäre Bewegung in Spanien. Die Bildung des oppositionellen Offizierbundes ist inzwischen von der Regierung durch die Verhaftung des Komitees in San Sebastian vereitelt worden. Dagegen zelang es, die in San Sebastian, Granada und Santander verhafteten Offiziere zu befreien. „Daily Mail" zufolge ist der Hauptherd der revolutionären Bewegung wieder Barcelona. Die Sperrung der Grenzen verhindert die Nachprüfung der Meldungen. „Daily Mail" erfährt, daß in Barcelona zwei Tage lang gekämpft worden sei, auch in Madrid habe die Regierung zum Gebrauch der Waffen übergehen müssen.

Dampfwäsche, Wringmaschinen, Walzen Gummi-Lieder.
Große Steinstraße.

Berliner Schattenrisse.

Es meckert der Bock. — Der Zirkus der Zehntausend. — Fliegende Menschen. — Berühmte Radfahrer. — Die neueste Königin. — Das Hemd auf dem Leibe. — Fassadenkletterer.

„Bockbierfest in den bayerischen Alpen"! Wahr und wahrhaftig in Berlin und zwar ausgerechnet auf der Haienheide bei 8 Grad Kälte. Früher war das „Bockbier" ein Frühlingsgetränk, zu dessen Genuß der Berliner am milden Vorfrühlingsabenden den Tempelhofer Berg erklomm. Dort, wo vor dem Halleschen Tor eine einsame Windmühle stand, saß man in den Schankräumen und im Garten beisammen, trank sein süffiges Bier und genoß Frühling und Liebe, bis schließlich die ganze Angelegenheit in einer wüsten Keilerei ihren Abschluß fand.

Heute ist das anders. Man braucht nicht mehr einen Berg zu erklettern, man braucht auch nicht zu warten, bis der Frühling ist, man fährt mit der Untergrundbahn nach Station Haienheide und begibt sich in die neuen Riesenetablissements, wo tausende und abertausende von Besuchern sich vergnügen. Man leilt sich nicht mehr beim Bockbierfest, man tanzt: großer Alpenball, 30 bayerische Madeln, Braten eines ganzen Ochsen auf dem Riesen-Lukullus-Bratapparat und große Schönheitskonkurrenz, acht Kapellen, neue Dekorationen und schließlich . . . Auskoß des berühmten Bergschloß-Jubiläums-Bock! Wenn das nicht zieht? Ein wirkliches Volksfest spielt sich in der Haienheide ab, ununterbrochen schmettern die Kapellen, rasen die Rutschbahnen, und das „lustigste Volk Berlin" schwoft — und amüsiert sich genau so wie zu Großmutters Zeit, als sorgfältig gedrehte Löckchen neckisch im Tanze auf und nieder wippten.

In Berlin geht jetzt überhaupt alles nur noch nach Tausenden, sonst imponiert es dem blasierten Großstädter nicht mehr: Tausend süße Veilchen, Zirkus der Zehntausend usw. usw. Gegenüber der „alten Automobilhalle", die in der Lunapartei erlebt in Gestalt der sogenannten „bunten Stadt" sich etabliert hat, lockt der Zirkus der Zehntausend! Es ist der Zirkus Blumenfeld, der ein ständiges Gastspiel in Berlin gibt. Die Begründer dieses Wanderzirkus, die Familie Blumenfeld, gehören mit zu den ältesten Kunstreitefamilien der Welt. Ein südischer Artist, mit Namen Blumenfeld, bereiste schon um die Wende des 17. Jahrhunderts Sachsen, Hessen und die Rheingegenden: er war Seiltänzer und Abrichter von kleinen Tieren. Seine Nachkommen blieben dem Kunstreitergewerbe treu, im Winter hausen diese fahrenden Gesellen sehr bürgerlich in Magdeburg, aber wenn der Frühling ins Land zieht, dann regt sich das alte Artistenblut, man wandert durch die Lande, wie einst die Väter es getan.

In Berlin wußte Zirkus Blumenfeld den plötzlich verlagenden Saraſant ersetzen. Lastautos holten aus den Magdeburger Winterquartieren, was Blumenfeld zu bieten hatte, und zur Ergänzung noch die Polarbären, die Königstiger und Berberlöwen des Zirkus Cosmar, eines anderen Wanderzirkus, der mit den Blumenfelds verschwägert ist.

Ein Programm von 30 Zirkus-Sensationen, bunt und nervenaufpeitschend, rollte sich in einem wilden Tempo ab, das selbst Berlin in Erstaunen setzte. Zehn Tage lang sah die Autobahn ein gefülltes Haus, rasende, tobende Begeisterung, wenn die Wirbeltänze, die sabelhaften Reiterleistungen, die fliegenden Menschen, die Lustakte durcheinanderschlugen . . . .

Auch Zirkus Busch gibt sich redliche Mühe, seinem Publikum etwas zu bieten: er hat den Nachlaß des verstorbenen Direktors Isouzagen aufgespen, indem der junge Bruder des Kraftmenschen und sein einstiger Assistent, der ihn bei seinen Weltreisen und Triumphen begleitete, dieselben Kraftleistungen wie einst der Meister, mit denselben Apparaten vorführen. Sie machen genau dasselbe und doch ist es anders, und eigentlich ist jeder enttäuscht, daß so leicht ein Ersatz gefunden wird für Leistungen, die man für etwas Phänomenales hielt. Ja, kein Mensch ist unersetzlich.

Es ist sonderbar, je weniger wirkliche Fürsten es noch gibt und je mehr man auf die noch vorhandenen schimpft, umsomehr neue „kürt" man! Im Ehrenpalast in Charlottenburg wird schon wieder eine neue Königin „kreiert", und zwar soll die schönste Verkäuferin der westlichen Stadtgegenden mit dem Purpur geziert werden! Schon steht der Filmapparat bereit, um die „Schönste" mit ihrem Fosstaat zu kurbeln.

Sonst haben die Berliner zurzeit scheinbar keine Sorgen, denn sie rasen von einem Vergnügen zu dem andern. Nur in den Wäschefirmen ist eine furchtbare Panik ausgebrochen! Es hat sich nämlich von Paris her das Gerücht verbreitet, daß das Ende der „bessous" herbeigekommen ist; in den Pariser Modesalons ist die Parole ausgegeben worden: „kein Hemd mehr auf dem Leibe!" Bei der allgemeinen Pleite wird natürlich jede Ersparnis mit Begeisterung aufgenommen. Die Wäschegeschäfte überbieten sich daher in Auslagen von seenhaften Hemdchen, um den Damen diese neueste Mode an den Mann zu bringen. Ob sie sich nun auch recht Freunde an den koketten Dingen, die da unter schimmernden Bogenlicht sich ausbreiten. Im übrigen: Zwar nennen uns die galanten Leute von der Seine Strand „sales boches" („schmutzige Boches"), aber im Punkt Sauberkeit sind wir ihnen denn doch etwas voran, und die Hemdlosigkeit dürfte — echt französisch bleiben.

Etwas beunruhigender ist schon die rasende Zunahme der „Fassadenkletterer". Kürzlich wurde in einer Nacht von berühmten „Künstlern" im Berliner Westen eine Gesamtbeute von etwa 100 000 Mark gemacht. Je höher man wohnt, um so gefährlicher scheint es zu sein, denn die Verbrecher haben eine solche Virtuosität im Klettern erlangt, daß kein Fenster ihnen zu hoch, keine Wand mehr zu steil ist. Sollte vielleicht das Beispiel der amerikanischen Filme, wo der famose Harry Piel jedes Hindernis überwindet, in dieser Branche so anregend gewirkt haben?

Ja, ja, böse Beispiele verderben gute Sitten . . . ganz besonders in Berlin, wo die Gelehrigkeit besonders fix ist!

A. von Oerzen.

Ein Berliner Privatdozent zum Prager Professor ernannt.

Der Präsident der tschecho-slowakischen Republik ernannte den Privatdozenten an der Universität Berlin, Dr. Bernhardt Brandt zum außerordentlichen Professor für Geographie an der Prager Deutschen Universität.

Zur 25. Wiederkehr des Todestages Arnold Böcklins.

Am 16. Januar wurden es 25 Jahre, daß Arnold Böcklin aus dem Leben geschieden ist. Wir glauben heute, da die Begriffe über Kunst nachgerade ins Chaotische geraten sind, des Mannes in besonderer Weise gedenken zu sollen, der damals eine neue Kunst voll tiefster Schönheit und Poesie herausgeführt hat, eine Kunst, die die weitesten Kreise ergriffen hat, wie es wohl selten seit den ganz großen Zeiten deutscher Kunstübung der Fall gewesen ist.

Obwohl Schweizer von Geburt, ist Böcklin in seiner Kunst ganz deutsch. Auf deutsche Lehrmeister zurückgehend, völlig in der deutschen Kunst wurzelnd, hat sein Schaffen auch in Deutschland zuerst Anerkennung gefunden; hier wurde ihm der erste Lorbeer gereicht, und später erst folgte die Schweiz in der Bewunderung ihres großen Sohnes. Eine neue Kunst hatte er erschlossen; höchst eigenartig und selbständig, weit entfernt von dem, was man damals gewöhnt war und lange Jahre verschrien und verhöhnt, bis ihr dann endlich größter Beifall wurde. Es konnte nicht ausbleiben, daß später, als die Kunst wieder andere Wege ging, sein Schaffen von der einen Seite ebenso heftig bekämpft, wie von der anderen bewundert wurde.

Was seinem Werk die große Weihe gegeben — die Macht der Stimmung, die Wucht des Ausdrucks und das sprühende Leben, die unerschöpfliche Poesie wird ihm auch, über den Streit des Alltags hinausgehend, für alle Zukunft einen Ehrenplatz in der deutschen Kunst sichern. In gleichem Maße ist Böcklin vorbildlich als künstlerische Persönlichkeit, die mit größtem Ernste an der einmal erkannten Aufgabe hing, ohne sich je durch materielle Vorteile von ihr abbringen zu lassen.

Kaum ein Meister der neueren Zeit hat sich wie er einen Platz im Herzen des Volkes zu sichern gewußt. Die Popularität, die seine Werke durch die in zahllosen Drucken verbreiteten Nachbildungen gefunden haben, ist wohl beispiellos.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260117012/fragment/page=0002